

# EINE VAGE HOFFNUNG IST ZU WENIG

Es gibt eine klare Grenze:  
Der Scharia-Islam passt nicht zu Deutschland,  
weil er nicht zur Demokratie passt.  
Ein Debattenbeitrag in sechs Thesen  
und einem Fazit

Von  
CHRISTINE SCHIRRMACHER

Illustration  
LAURA BREILING



**W**er den gesellschaftlich-politischen Anspruch des Schariarechts ablehnt, dessen Islam passt zu Deutschland.

Wer es grundsätzlich ablehnt, dass Recht und Gesellschaft nach Schariarecht gestaltet werden müssen (wie etwa die Gemeinschaft der Aleviten), dessen Islam passt zu Deutschland und zu jeder anderen Demokratie. Muslime, die den gesellschaftspolitischen Anspruch des Schariarechts zurückweisen, werden die Demokratie ohne Vorbehalte bejahen können, da sie sich nicht zwischen ihrem Glauben und der Demokratie entscheiden müssen. Regeln für Gebet und Fasten gehören zwar formal auch zum Schariarecht, sind aber kein politisches Programm. Die etablierte Theologie hat die Trennung von Glaube und Schariarecht niemals vollzogen, viele Muslime in ihrem Leben haben es durchaus. Sie sind nicht Feinde, sondern Freunde der Demokratie und oft ihre engagiertesten Befürworter.

Intellektuelle, Theologen, progressive Kräfte, Frauen- und Menschenrechtler/innen werben bereits für einen freiheitsorientierten Islam. Sie ernten jedoch von denjenigen, die den Schariaanspruch für Europa nicht aufgeben wollen, Kritik und Einschüchterung bis hin zu Morddrohungen. Diese Drohungen verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit und diejenigen, denen sie gelten, unsere volle Unterstützung und Solidarität. Drohungen lassen Intellektuelle verstummen und Reformansätze im Keim ersticken. Das passt nicht zu einer offenen Gesellschaft. Wenn nicht im freiheitlichen Europa eine Diskussion über die Entwicklung des Islam im 21. Jahrhundert möglich ist, wo dann?

Ein politischer Islam, der keine Gegenwehr erfährt, wird ermutigt, nachdrücklicher politische Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen, um seine Interessen durchzusetzen und Kritik als angebliche Einschränkung der Religionsfreiheit zu brandmarken. Der Staat muss seine Kooperationspartner bedachtsam auswählen. Wer die Freiheitsrechte für alle anderen abschaffen möchte, verdient Gegenwind und nicht Anerkennung durch die Politik.



*Wer das politische Handeln Muhammads als unaufgebbares Vorbild betrachtet, dessen Islam passt nicht zu Deutschland.*

Ein Islam, der Muhammad nicht nur in seiner Religion, sondern auch in seinem politischen Handeln, seiner Gesetzgebung und – wie es dschihadistische Gruppierungen vertreten – seiner Kriegführung folgen will, passt nicht zu Deutschland. Aber ebenso wenig ein Islam, der zwar nicht zur Ausübung von Gewalt aufruft, aber zur politischen Durchsetzung des Islam und dabei die klassische Interpretation des Schariarechts als verbindlich betrachtet: Diese in der Mitte der Theologie etablierte klassische Auslegung des Schariarechts sieht für Frauen nur verminderte Rechte vor, für „Abgefallene“ vom Islam die Todesstrafe und für Juden und Christen den Status von Unterworfenen.

Letzteres wird wesentlich aus Sure 9,29 abgeleitet, in der es über die „Schriftbesitzer“, also über Juden und Christen, heißt: „Kämpft gegen diejenigen Schriftbesitzer, die nicht an Gott und

an den Jüngsten Tag glauben (...) und die nicht dem wahren Bekenntnis folgen, bis sie aus freien Stücken den Tribut entrichten und ihre Unterwerfung anerkennen.“

Wer die von Muhammad von 622 bis 632 n. Chr. in Medina etablierte Theokratie als unaufgebbares Vorbild für die Gegenwart betrachtet, für den kann eine Demokratie nur eine Notlösung sein, mit der man vorübergehend vielleicht einen „Vertrag“ schließen kann, die es jedoch langfristig durch eine wie auch immer gestaltete islamische Ordnung abzulösen gilt.

In Medina führte Muhammad im Namen des Islam mehrere Schlachten an, deren Gefallenen schon der Koran das Paradies als Belohnung für ihr Märtyrertum zusagt: „Die Werke der Gläubigen, die auf dem Weg Gottes getötet werden, wird Er nicht zunichtemachen, sondern Er wird sie rechtleiten und alles für sie zum Guten wenden und sie in den Paradiesgarten bringen, den Er ihnen bestimmt hat (Sure 47,4–6). Weil manche Prediger dies genau so lehren und solchen Koranversen ihr Handeln rechtfertigen, kann es nur sachlich falsch sein, dass Gewalt und Terror im Namen des Islam mit dem Islam nichts zu tun hätten.

Wenn argumentiert wird, dass es damals wie heute bei der Anwendung von Gewalt lediglich darum gehe, den Islam zu verteidigen, entsteht die Frage, wann denn eine „Verteidigung“ der islamischen Gemeinschaft erforderlich ist: Wenn Muhammad-Karikaturen veröffentlicht werden? Und mit welchen Mitteln darf diese „Verteidigung“ geschehen?

Einige Bewegungen votieren lediglich für Proteste, andere für Einschüchterung oder gar für Angriffe auf Nichtmuslime. Wieder andere erlauben ein gewaltsames Vorgehen gegen Karikaturisten oder Künstler. Manche islamistischen Bewegungen verurteilen den Angriff auf „Unschuldige“, für andere Gruppierungen ist jedoch niemand unschuldig, der nicht dem „wahren“ Islam angehört. Für andere sind Polizisten grundsätzlich ein legitimes Angriffsziel. Wir sehen: Die Lesart, die „Verteidigung“ des Islam sei erlaubt, kann sich bei entsprechender Interpretation als sehr biegsam erweisen.



*Wer die Rolle Muhammads als Gesetzgeber und das von ihm erlassene Recht für alle Zeiten als verbindlich betrachtet, dessen Islam passt nicht zu Deutschland.*

Wer die Gesetzgebung Muhammads und die nach seinem Tod aus Koran und islamischer Überlieferung durch Gelehrten-Interpretation herauskristalisierte Schariagesetzgebung für unaufgebbar hält, dessen Islam passt nicht zu Deutschland. Da zum Schiarierecht die Amputation für Diebstahl, Steinigung für Ehebruch und Enthauptung für Apostasie gehören, wird er Recht und Gesetz einer Demokratie letztlich als verwerfliches menschliches Recht beurteilen. Islamistische Stimmen äußern: „Die Demokratie ist ein vom Menschen gemachtes System, also Herrschaft durch das Volk für das Volk. Das steht im Gegensatz zum Islam, denn die Gesetze kommen von Allah, dem Erhabenen, dem Allmächtigen, und es ist nicht erlaubt, Gesetze von einem menschlichen Wesen zu akzeptieren, egal, wer er ist. Das demokratische System ist daher eine moderne Form der Vielgötterei.“

**Aus dieser Perspektive ist Religionsfreiheit eine Einbahnstraße für die eigene Propaganda**

Aus dieser Perspektive ist Religionsfreiheit eine Einbahnstraße, die für die eigene Propaganda genutzt, aber bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen anderen nicht zugestanden wird. Wenn Koran und Überlieferung allein Grundlage und Richtschnur nicht nur für den Glauben, sondern auch für die Gesellschaft, für Rechtswesen und Politik sind, dann kann es in dieser Gesellschaft keine Gewaltenteilung und keine Rechtsstaatlichkeit geben. Ohne Gewaltenteilung keine Meinungs-, Freiheits- und Gleichheitsrechte, keine Selbstbestimmung und keine Option, religionslos zu bleiben, keine echte Freiheit für Forschung, Kunst und Wissenschaft.

*Es geht bei der Frage nach einem demokratiekompatiblen Islam im Grunde nicht um Religion, sondern um Politik im Namen der Religion.*

Ein Absolutheitsanspruch wohnt in gewissem Sinn allen Religionen und Weltanschauungen inne, wird auch von politischen oder säkularen Bewegungen vorgetragen. Gesellschaftlicher Friede entsteht mitnichten dort, wo Religion völlig aus der Öffentlichkeit verdrängt wird. Der Wahrheitsanspruch macht eine Weltanschauung nicht radikal, die politische Durchsetzung dieses Absolutheitsanspruchs aber schon. Drohungen und Einschüchterungen, diese eine Religion und seine Vertreter nicht kritisieren zu dürfen, bedeuten einen totalitären Umgang mit Andersdenkenden, insbesondere mit Muslimen, die diese Auffassungen nicht teilen. Konservative Frömmigkeit bedroht nicht unsere Republik; die Begründung eines politischen und gesellschaftlichen Herrschaftsanspruchs im Namen des Islam aber durchaus.

*Der Scharia-Islam ist ein Import aus dem Nahen Osten. Leider gibt es noch keinen deutschen Islam.*

Nicht der Islam in Europa wirkt auf den Nahen Osten ein. Vielmehr wirkt die Theologie aus dem Nahen Osten durch die hier etablierten Organisationen personell, finanziell und als Ideengeber intensiv auf Europa ein. Aufgrund dieser Abhängigkeiten lassen die

**Vertreter aller Überzeugungen müssen sich an die Regeln des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats halten**

einem Scharia-Islam verpflichteten konservativen Kräfte nichts unversucht, um die zarten Pflänzchen einer demokratiekompatiblen islamischen Theologie in Deutschland eingehen zu lassen. Drohungen, Verunglimpfungen, Druck richten sich auch gegen einzelne muslimische Stimmen, die Aufklärung und Distanzierung von einem politischen Islam anmahnen.

Aus dem Nahen Osten kann eine freiheitsorientierte Islaminterpretation nicht kommen, denn sie wird dort derzeit an keiner einzigen Moschee oder Universität gelehrt. Ist es Zufall, dass in der ganzen Region nirgends Religions- und Gewissensfreiheit existieren? Dort wird die Abwendung vom Islam mit Diskriminierung, Verfolgung und dem gesellschaftlichen Tod geahndet, in manchen Ländern mit der Todesstrafe. Nirgends existiert echte politische Freiheit, Gewissens-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, nirgends eine Trennung von Staat und Religion. Die Türkei ist auf bestem Weg, in mancher Hinsicht mit den arabischen Staaten gleichzuziehen.

## *Freiheit ist ein hohes Gut.*

Wenn Millionen Menschen nach Europa kommen, fliehen sie nicht nur vor Krieg und Terror, nicht nur vor Nepotismus und Korruption, stagnierender Wirtschaft und Perspektivlosigkeit. Es fehlt ihnen auch die Luft zum Atmen im Nahen Osten. Sie fliehen vor autokratischen Regimen, vor Willkür und staatlicher Gewalt, vor allmächtigen Geheimdiensten und den Drohungen der Extremisten.

Die Krise in Nahost ist auch eine Krise der Unfreiheit – und einer der Paten dieser Unfreiheit ist eine Theologie, die aus der Gesetzgebung und der Politik Muhammads eine Gesellschaftsordnung begründet, in der sie Teil des staatlichen Machtapparats ist. Diese Theologie lehrt die ungebrochene Gültigkeit des Schariarechts als göttliches Recht im 21. Jahrhundert, auch wenn das im Strafrecht längst nicht alle Länder umsetzen.

Teil dieses Schariarechts ist die Gehorsamspflicht der Frau gegenüber ihrem Mann und das Recht der Männer auf Züchtigung ihrer ungehorsamen Ehefrauen, wie Sure 4,34 lehrt: „Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie ausgezeichnet hat und wegen der Aufgaben, die sie von ihrem Vermögen gemacht haben. Und die tugendhaften Frauen sind die gehorsamen und achten auf das, was verborgen ist, weil Gott achtgibt. Und wenn ihr fürchtet, dass eure Frauen sich auflehnen, dann ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie!“ Die etablierte Theologie hält bis heute an diesem prinzipiellen Züchtigungsrecht fest.

Dieses Schariarecht lehrt auch die Todesstrafe für Abfall vom Islam, basierend unter anderem auf der Muhammad zugeschriebenen Überlieferung aus der angesehensten Überlieferungssammlung von Bukhari: „Wer seine Religion wechselt, den tötet!“ Eine weitere prominente Überlieferung von Bukhari besagt, dass es nur in drei Fällen erlaubt sei, das Blut eines Muslims zu vergießen, nämlich bei Abfall nach Annahme des Islam, bei Ehebruch und bei Tötung, die keine Blutrache ist.

Natürlich gibt es verschiedene Auslegungen innerhalb der islamischen Theologie. Aber die prinzipielle Berechtigung zur Züchtigung für Ehemänner, zur

Hinrichtung des Apostaten und zu Körperstrafen für Unzüchtige, Ehebrecher, Diebe, Straßen- und Raubmörder oder Aufrührer wird von der etablierten Theologie bis heute nicht bestritten. Diese an theologischen Fakultäten und Moscheen etablierte Mainstream-Theologie ignoriert im besten Fall alle bisherigen Ansätze von progressiver Theologie – im schlechteren Fall verurteilt oder verfolgt sie Andersdenkende und Freiheitsbefürworter. Dort, wo diese Theologie nach Deutschland importiert wird, entstehen zwangsläufig Konflikte mit Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

### *Fazit:*

Die eigentliche Auseinandersetzung in Europa findet nicht um die Burka und den Gesichtsschleier statt, sondern um die Köpfe, die Herzen und das Denken der Menschen. Unsere Gesellschaft sollte nicht bloß vage hoffen, dass alle den Spagat zwischen traditioneller nahöstlicher Frauenrolle und Gleichberechtigung, zwischen vormodernen Gesellschaften des Nahen Ostens und säkularer Demokratie irgendwie selbst bewältigen.

Es ist an der Zeit, die Demokratie und ihre Vorzüge neu zu begründen und zu erläutern, zu vermitteln, zu unterrichten. Vertreter aller religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen müssen sich an die Regeln des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats halten. Wer diese Rechte bekämpft, wendet sich gegen den Staat und seine Rechtsordnung und kann dafür keine Religionsfreiheit in Anspruch nehmen. Imame und religiöse Lehrer, die vor der Integration in die deutsche Gesellschaft warnen, passen nicht zu Deutschland.

Von allen Bürgern und Bürgerinnen kann und sollte ein aktives Eintreten für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Freiheits- und Gleichheitsrechte gefordert werden. Das ist weder Fremdenfeindlichkeit noch Rassismus, geschweige denn Islamophobie, sondern eine Selbstverständlichkeit.



CHRISTINE SCHIRRMACHER, Islamwissenschaftlerin der Uni Bonn, gehört dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung an